Beschluss des Unterbezirksparteitages am 18. Mai 2013

WATHLINGER ERKLÄRUNG:

SOZIAL UND NACHHALTIG: UNSERE POLITIK FÜR DEN LANDKREIS CELLE

1.) DIE GRÖßTE HERAUSFORDERUNG FÜR UNSEREN LANDKREIS: DEMOGRAFISCHEN WANDEL UND BRITENABZUG BEWÄLTIGEN

Der Landkreis Celle ist in den kommenden Jahren mit einem erheblichen Bevölkerungsrückgang konfrontiert: Während der demografische Wandel kontinuierlich voranschreitet und bis 2030 rund 6,6% weniger Einwohnerinnen und Einwohner zur Folge haben wird, ist der Britenabzug für Bergen, den gemeindefreien Bezirk Loheide, die Stadt Celle und den gesamten Landkreis eine ganz erhebliche Herausforderung. Es gehen nicht nur gute Nachbarn, sondern es geht auch eine wirtschaftliche Basis verloren. Dadurch entstehen – gerade im Nordkreis – ganz neue Problemlagen: Mehr Leerstände auf dem Wohnungsmarkt, immer schwerer werdender Erhalt der kommunalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie große leerstehende Flächen und Anlagen, die der Konversion zugeführt werden müssen.

Wir wollen mit ganzer Kraft dafür arbeiten, dass die Großaufgaben Gestaltung des demografischen Wandels und Konversion nach dem Britenabzug gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern abgearbeitet werden. Doch dies geht nicht ohne Hilfe: Deswegen fordern wir Unterstützung von der Landes- und Bundesebene – insbesondere wenn es um die Weiternutzung und Bewirtschaftung von Liegenschaften und Flächen, die Erhaltung der kommunalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge und die Schaffung von neuen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen geht. Dabei fordern wir, das Projekt Konversion auch als ein Modellprojekt der umfassenden und kontinuierlichen Bürgerbeteiligung zu verstehen, um die Chance der Neuaufstellung gemeinsam zu nutzen.

2.) ZUSAMMEN ZUKUNFTSINVESTITIONEN ANSTOßEN: KOMMENDE EU-FÖRDERPERIODE FÜR GEMEINSAME NETZWERKPROJEKTE NUTZEN

Die kommende EU-Förderperiode wird für Niedersachsen ein entscheidender Beitrag bei großen Investitionsvorhaben sein – gerade bei stark begrenzten Mitteln des Landes und der Kommunen und auch, wenn die Fördersumme für unser Land voraussichtlich stark absinken wird. Ohne Zweifel: Der Landkreis Celle hat als Teil des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg von der Ziel-1-Förderung profitiert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat nun zu verantworten, dass auf unsere Region im Gegensatz zu allen anderen innerdeutschen Übergangsregionen bis zu 70% Mittelrückgang zukommen –

gegen diese Ungerechtigkeit wenden wir uns entschieden und fordern die Bundesregierung auf, dies zu korrigieren.

Wir begrüßen die neue Regionalentwicklungspolitik der rot-grünen Landesregierung, die allen niedersächsischen Teilräumen gerade mit Blick auf die EU-Förderung eine passgenaue Förderung zukommen lassen wird. Die größten Chancen haben dabei Netzwerk-Projekte auch über Kreisgrenzen hinweg – schließlich stehen wir alle vor ähnlichen Problemen, gerade bei der Sicherung der Daseinsvorsorge wie z.B. der Gesundheitsversorgung oder im ÖPNV. Deswegen werden wir uns in der Kreispolitik dafür einsetzen, dass mit unseren Nachbarkreisen gemeinsame Förderprojekte erarbeitet und auf den Weg gebracht werden.

3.) GERECHT UND SOLIDARISCH: FÜR GLEICHE BILDUNGSCHANCEN, MEHR FAMILIENFREUNDLICHKEIT, ECHTE INKLUSION UND INTEGRATION

„Und sie kommt am Ende doch…“: Über viele Jahre haben wir für die Einrichtung einer Gesamtschule gekämpft – mit unserem Engagement in Stadt und Landkreis haben wir sie durchgesetzt. Wir sind sicher: Für viele Eltern wird sie eine attraktive Alternative sein. Deshalb werden wir mit Nachdruck dafür arbeiten, dass es ohne Verzögerungen zur Einrichtung der Gesamtschule kommt. Außerdem unterstützen wir die Einrichtung von weiteren Gesamtschulen dort, wo der Elternwille vorliegt.

In der Schulpolitik werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass der Ausbau der Ganztagsschulen vorangetrieben wird – wir begrüßen dafür auch das neu aufzulegende Förderprogramm der rot-grünen Landesregierung. Dabei fordern wir auch, dass an allen Kindergärten und Kindertageseinrichtungen und an allen Schulen Stellen für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter eingerichtet und vom Land Niedersachsen mitfinanziert werden. Ebenso werden wir alle Schritte zur fach- und bedarfsgerechten Umsetzung der Inklusion in den Schulen unterstützen und die Familienfreundlichkeit weiter stärken, indem wir den Krippenausbau weiter vorantreiben und den Rechtsanspruch auf Betreuung bedarfsgerecht erfüllen. Nicht zuletzt wird es für den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Landkreis darauf ankommen, eine Integrationspolitik zu gestalten, die den Namen auch verdient. Den Anfang dafür wollen wir durch mehr Humanität in der Flüchtlingspolitik gewährleisten – so insbesondere durch die Abschaffung des diskriminierenden Gutscheinsystems in Stadt und Landkreis Celle.

4.) NUR GANZ REICHE KÖNNEN SICH EINEN ARMEN STAAT LEISTEN: DASEINSVORSORGE FÜR ALLE SICHERN

Was von öffentlicher Bedeutung ist, gehört für uns in öffentliche Hand. Es hat sich vielerorts gezeigt, dass Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge nicht nur zu Leistungseinbußen und Kostensteigerungen für Kommunen und Kunden geführt haben, sondern auch entscheidend die Handlungsfähigkeit der kommunalen und staatlichen

Ebenen eingeschränkt haben. Deswegen stehen wir dafür ein, im Interesse aller Mitbürgerinnen und Mitbürger die öffentliche Daseinsvorsorge zu schützen.

Das betrifft insbesondere die Kernbereiche der Daseinsvorsorge: Das Allgemeine Krankenhaus als ein Eckpfeiler der Gesundheitsversorgung in unserer Region ist für uns unveräußerlich – wir wollen weiter mithelfen, wenn es darum geht, das medizinische Angebot für alle Menschen in allen Kommunen unseres Kreises als gemeinsames Netzwerk zur erhalten und auszubauen – auch und gerade im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies gilt ebenso für den ÖPNV: Wir kämpfen weiter für ein angebotsorientiertes, attraktives Angebot und gute Arbeit und Sozialstandards für die Beschäftigten. Unser Projekt bleibt es, den gesamten Landkreis Celle auf Straße und Schiene in den GVH einzubinden – dafür arbeiten wir mit unseren Nachbarn im Ring um die Region Hannover eng zusammen. Allerdings steht der ÖPNV im ländlichen Raum vor besonderen Herausforderungen – deswegen begrüßen wir die angekündigte Unterstützung der Landesregierung für diese Bereiche. Nicht zuletzt werden wir auch bei Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung dafür sorgen, dass weitere Privatisierungen verhindert werden. Wir setzen stattdessen auf die konsequente Rekommunalisierung von Daseinsvorsorge.

5.) STARKE INFRASTRUKTUR FÜR GUTE ARBEIT: OSTUMGEHUNG FORTSETZEN, SCHIENENANBINDUNG VERBESSERN, ALLER SCHIFFBAR HALTEN UND INTERNETVERSORGUNG AUSBAUEN

Unser Landkreis ist auf solide Infrastruktur angewiesen – deshalb werden wir auch künftig dafür kämpfen, dass unsere Region nicht abgehängt wird. Wir setzen deshalb unseren Einsatz für die Fertigstellung der Ostumgehung um Celle fort. Dabei begrüßen wir die Unterstützung des Landes für unseren Plan, trotz des laufenden Verfahrens für den Mittelteil bereits von Norden her die Umgehung fortzusetzen – zugleich fordern wir den Bund auf, nach der Planungsleistung des Landes auch zügig die Mittel für den Bau bereitzustellen. Für den Zeitraum der weiteren Bauphase und darüber hinaus werden wir uns weiter für den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner einsetzen.

Zugleich verfolgen wir aufmerksam die Planungen für die Y-Trasse – wir haben erreicht, dass die Pläne in Kürze veröffentlicht werden und setzen uns weiter für die Bürgerbeteiligung bei diesem Großvorhaben ein. Wir wollen dafür sorgen, dass Celle vom Personenverkehr auf der Schiene nicht abgehängt wird und beim Güterverkehr mögliche Belastungen minimiert werden. Neben Straße und Schiene liegt uns auch unsere Aller am Herzen: Wir setzen uns weiter dafür ein, dass sie durch den Erhalt der Schleusenwerke schiffbar bleibt und fordern den Bund auf, diese Investitionen zu unterstützen – zuallererst durch die zugesagte Flusskonferenz. Und nicht zuletzt arbeiten wir weiter an der wichtigsten Infrastruktur des 21. Jahrhunderts: Wir werden den Breitbandausbau als Basis sowie Funkausbau als Ergänzungstechnologie vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden.